

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1993

Ausgegeben am 19. Jänner 1993

21. Stück

36. Kundmachung: Geltungsbereich der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten und der Protokolle Nr. 3 und Nr. 5
37. Kundmachung: Geltungsbereich des Zusatzprotokolls zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten
38. Kundmachung: Geltungsbereich des Protokolls Nr. 2 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, durch das dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte die Zuständigkeit zur Erstattung von Gutachten übertragen wird
39. Kundmachung: Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Rechtsstellung der unehelichen Kinder
40. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Slowenien über die bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen samt Anhang
(NR: GP XVIII RV 662 AB 783 S. 88. BR: AB 4365 S. 561.)

36. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten und der Protokolle Nr. 3 und Nr. 5

Nach Mitteilungen des Generalsekretärs des Europarats haben nachstehende Staaten ihre Ratifikationsurkunden zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (BGBl. Nr. 210/1958, letzte Kundmachung des Geltungsbereiches BGBl. Nr. 240/1988) in der Fassung der Protokolle Nr. 3 (BGBl. Nr. 330/1970) und Nr. 5 (BGBl. Nr. 84/1972) hinterlegt:

Staaten:	Datum der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde:
Bulgarien	7. September 1992
Finnland	10. Mai 1990
San Marino	22. März 1989
Tschechoslowakei	18. März 1992

Anlässlich der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde haben folgende Staaten Vorbehalte erklärt bzw. Erklärungen abgegeben:

Finnland:

Gemäß Artikel 64 der Konvention äußert die Regierung von Finnland zu dem in Artikel 6 Absatz 1 der Konvention gewährleisteten Recht auf öffentliche Verhandlung den folgenden Vorbehalt.

Derzeit kann Finnland das Recht auf eine mündliche Verhandlung nicht gewährleisten, da die geltenden finnischen Gesetze ein derartiges Recht

nicht vorsehen. Dies gilt für die folgenden Verfahren:

1. Verfahren vor den Berufungsgerichten, dem Obersten Gerichtshof, den Wasserrechtsgewerkschaftsgerichten und dem Wasserrechtsberufungsgewerkschaftsgerichtshof gemäß Kapitel 26 Abschnitte 7 und 8 sowie Kapitel 30 Abschnitt 20 der Zivilprozessordnung und Kapitel 15 Abschnitt 23 sowie Kapitel 16 Abschnitte 14 und 39 des Wasserrechts;
2. Verfahren vor den Regionalverwaltungsgerichtshöfen und dem Obersten Verwaltungsgerichtshof gemäß Abschnitt 16 des Gesetzes über Regionalverwaltungsgerichtshöfe und Abschnitt 15 des Gesetzes über den Obersten Verwaltungsgerichtshof;
3. Verfahren, die vor dem Versicherungsgerichtshof als Gericht letzter Instanz gemäß Abschnitt 9 des Gesetzes über den Versicherungsgerichtshof abgehalten werden;
4. Verfahren vor dem Berufungsausschuß für Sozialversicherung gemäß Abschnitt 8 der Verordnung über den Berufungsausschuß in Sozialversicherungsangelegenheiten.

Die Bestimmungen der oberwähnten finnischen Gesetze sind in einer gesonderten Anlage zu diesem Vorbehalt enthalten.

San Marino:

Erklärung:

Unter Bekräftigung ihres festen Vorsatzes, keinerlei Abweichung zu den eingegangenen Verpflichtungen vorzusehen oder zu ermächtigen,

fühlt sich die Regierung der Republik San Marino dennoch verpflichtet, zu unterstreichen, daß die Tatsache, ein Staat von geringer territorialer Ausdehnung zu sein, eine besondere Aufmerksamkeit in Angelegenheiten des Aufenthalts, der Beschäftigung und der Sozialmaßnahmen für Ausländer erfordert, selbst wenn diese nicht unter die Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten und deren Protokolle fallen.

Vorbehalt:

Zu den Bestimmungen von Artikel 11 der Konvention über das Recht, Gewerkschaften zu gründen, erklärt die Regierung der Republik San Marino, daß in San Marino zwei Gewerkschaften bestehen und aktiv sind, daß die Artikel 2 und 4 des Gesetzes Nr. 7 vom 17. Februar 1961 über den Schutz des Arbeitsplatzes und der Arbeitnehmer vorsehen, daß Vereinigungen oder Gewerkschaftsverbände bei Gericht angemeldet werden müssen und daß eine solche Eintragung dann erfolgen kann, wenn die Vereinigung mindestens sechs Kategorien von Arbeitnehmern und eine Mindestanzahl von 500 Mitgliedern umfaßt.

Tschechoslowakei:

Vorbehalt:

Gemäß Artikel 64 der Konvention äußert die Tschechische und Slowakische Föderative Republik einen Vorbehalt zu den Artikeln 5 und 6 dahingehend, daß diese Artikel der Verhängung disziplinarer Strafmaßnahmen nach Artikel 17 des Gesetzes Nr. 76/1959 der Gesetzessammlung über gewisse Dienstpflichten von Soldaten nicht entgegenstehen.

Weiteren Mitteilungen des Generalsekretärs des Europarats zufolge hat Liechtenstein am 26. April 1991 den anlässlich der Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde erklärten Vorbehalt*) zu Art. 2 zur Gänze und zu Art. 8 in bezug auf Homosexualität zurückgenommen und am 24. Mai 1991 jenen zu Art. 6 Abs. 1 wie folgt abgeändert:

An die Stelle des Gesetzes vom 31. Dezember 1913 über die Einführung einer Strafprozeßordnung, LGBI. 1914, Nr. 3, tritt die Strafprozeßordnung vom 18. Oktober 1988, LGBI. 1988, Nr. 62.

Die gesetzlichen Bestimmungen über Strafverfahren für jugendliche Rechtsbrecher wurden im Gesetz über das Strafverfahren in Jugendstrafsachen vom 20. Mai 1987, LGBI. 1988, Nr. 39, erlassen.

Die Schweiz hat mit Wirkung vom 29. April 1988 ihre anlässlich der Hinterlegung der Ratifikationsur-

kunde abgegebene Erklärung*) zu Art. 6 Abs. 1 wie folgt abgeändert:

Der Schweizer Bundesrat ist der Auffassung, daß die Garantie einer gerechten Verhandlung in Artikel 6 Absatz 1 der Konvention hinsichtlich zivilrechtlicher Ansprüche und Verpflichtungen nur darauf abzielt, die höchstgerichtliche Kontrolle bei Akten oder Beschlüssen der öffentlichen Behörden im Zusammenhang mit solchen Ansprüchen oder Verpflichtungen sicherzustellen. Im Sinne dieser Erklärung ist unter „höchstgerichtlicher Kontrolle“ eine auf die Anwendung des Gesetzes beschränkte gerichtliche Kontrolle zu verstehen, wie es eine Kontrolle durch ein Kassationsgericht darstellt.

Die Tschechoslowakei hat am 8. April 1992 folgende weitere Erklärung abgegeben:

Unter Bezugnahme auf Artikel 64 Absatz 2 der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, die am 4. November 1950 in Rom und von der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik am 18. März 1992 ratifiziert wurde, beehrt sich die Tschechische und Slowakische Föderative Republik mitzuteilen, daß Artikel 17 des Gesetzes über bestimmte Dienstvorschriften für Heeresangehörige, Nr. 76/1959 der Gesetzessammlung, folgendermaßen lautet:

Artikel 17

Disziplinarstrafen

1. Die Disziplinarstrafen sind: Verweis, Strafen für geringfügige Vergehen, Freiheitsstrafe, Zurücksetzung auf einen niedrigeren Dienstgrad und bei Unteroffizieren auch Degradierung.

2. Disziplinarfreiheitsstrafen sind: Haft nach Dienstschluß, Haftstrafen und Hausarrest.

3. Das Höchstausmaß einer Disziplinarfreiheitsstrafe beträgt 21 Tage.

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 552/1982

Vranitzky

37. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich des Zusatzprotokolls zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten

Nach Mitteilungen des Generalsekretärs des Europarats haben folgende weitere Staaten ihre Ratifikationsurkunden zum Zusatzprotokoll zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 552/1982

Grundfreiheiten (BGBl. Nr. 210/1958, letzte Kundmachung des Geltungsbereiches BGBl. Nr. 249/1988) hinterlegt:

Staaten:	Datum der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde:
Bulgarien	7. September 1992
Finnland	10. Mai 1990
San Marino	22. März 1989
Spanien	27. November 1990
Tschechoslowakei	18. März 1992

Anlässlich der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde haben folgende Staaten Vorbehalte erklärt:

San Marino:

Die Regierung der Republik San Marino erklärt, daß im Hinblick auf die in Kraft stehenden gesetzlichen Bestimmungen, welche die Nutzung von Gütern in Übereinstimmung mit dem allgemeinen Interesse regeln, der in Art. 1 des Zusatzprotokolls dargelegte Grundsatz keinen Einfluß auf die in Kraft stehenden Bestimmungen betreffend das unbewegliche Vermögen ausländischer Staatsangehöriger hat.

Spanien:

Um jegliche Mißverständnisse hinsichtlich der Auslegung des Art. 1 des Protokolls zu vermeiden, erklärt Spanien gemäß Art. 64 der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten nach Maßgabe von Art. 33 der Spanischen Verfassung, der folgendes besagt, einen Vorbehalt:

1. Das Recht auf Privateigentum und Erbschaft wird anerkannt.
2. Die soziale Anwendung dieser Rechte wird durch deren Umfang, wie im Gesetz vorgesehen, bestimmt.
3. Keine Person wird ihres Eigentums oder ihrer Rechte beraubt, es sei denn, daß der Grund als im öffentlichen Interesse oder im Interesse der Gemeinschaft liegend anerkannt wird und im Austausch eine entsprechende Entschädigung, wie im Gesetz vorgesehen, erfolgt.

Vranitzky

38. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich des Protokolls Nr. 2 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, durch das dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte die Zuständigkeit zur Erstattung von Gutachten übertragen wird

Nach Mitteilungen des Generalsekretärs des Europarats haben nachstehende Staaten ihre Ratifikationsurkunden zum Protokoll Nr. 2 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, durch das dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte die Zuständigkeit zur Erstattung von Gutachten übertragen wird (BGBl. Nr. 329/1970, letzte Kundmachung des Geltungsbereiches BGBl. Nr. 553/1982), hinterlegt:

Staaten:	Datum der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde:
Bulgarien	7. September 1992
Finnland	10. Mai 1990
San Marino	22. März 1989
Tschechoslowakei	18. März 1992

Vranitzky

39. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Rechtsstellung der unehelichen Kinder

Nach Mitteilung des Generalsekretärs des Europarats hat Rumänien am 30. November 1992 seine Ratifikationsurkunde zum Europäischen Übereinkommen über die Rechtsstellung der unehelichen Kinder (BGBl. Nr. 313/1980, letzte Kundmachung des Geltungsbereiches BGBl. Nr. 665/1988) hinterlegt.

Vranitzky

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluß des nachstehenden Staatsvertrages samt Anhang wird genehmigt.

ABKOMMEN

ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER REPUBLIK SLOWENIEN ÜBER DIE BILATERALEN AUSSENWIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN

Die Republik Österreich und die Republik Slowenien, im folgenden „Vertragsparteien“ genannt, sind

- vom Wunsche geleitet, die bestehenden bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen zu verstärken sowie den Warenaustausch und die wirtschaftliche, industrielle, technische und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils zu fördern,
- in der Überzeugung, daß ein neues Abkommen über die bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen eine günstige Voraussetzung und geeignete Grundlage zur Weiterentwicklung der bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen schafft,
- in der Absicht, die Bestimmungen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) bis zum Beitritt der Republik Slowenien zu diesem Abkommen in pragmatischer Weise im Verhältnis zwischen der Republik Österreich und der Republik Slowenien weiter anzuwenden,
- im Einklang mit den in beiden Staaten geltenden Rechtsvorschriften,
- ausgehend von marktwirtschaftlichen Grundsätzen,

wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Vertragsparteien vereinbaren, im Rahmen ihrer geltenden Rechtsvorschriften ihre bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen zwischen den Unternehmen, Organisationen, Gesellschaften und Institutionen, im folgenden „Unternehmen“ genannt, beider Staaten zu erleichtern und zu fördern.

Artikel 2

(1) Die Republik Österreich und die Republik Slowenien behandeln einander nach dem Grundsatz der Meistbegünstigung hinsichtlich der Zölle und sonstiger Abgaben sowie des Erhebungsverfahrens für solche Zölle und sonstige Abgaben, die anlässlich der Einfuhr oder Ausfuhr von Waren erhoben werden.

(2) Die Vertragsparteien stimmen überein, daß die Meistbegünstigung sich insbesondere nicht auf

SPORAZUM

MED REPUBLIKO AVSTRIJO IN REPUBLIKO SLOWENIJO O DVOSTRANSKEM ZUNANJETRGOVINSKEM SODELOVANJU

Republika Avstrija in Republika Slovenija, v nadaljnjem besedilu »podpisnici«, sta se

- v želji, da okrepiata dosedanje dvostransko zunanjetrgovinsko sodelovanje in pospešujeta menjavo blaga ter gospodarsko, industrijsko, tehnično in znanstveno-tehnično sodelovanje na podlagi enakopravnosti in v obojestransko korist,
- v prepričanju, da nov Sporazum o dvostranskem zunanjetrgovinskem sodelovanju ustvarja ugodne pogoje in primerno podlago za nadaljnji razvoj dvostranskega zunanjetrgovinskega sodelovanja,
- z namenom, da se v odnosih med Republiko Avstrijo in Republiko Slovenijo, do pristopa Republike Slovenije k Splošnemu sporazumu o carinah in trgovini (GATT), še naprej v praksi uporabljajo določila tega sporazuma,
- v skladu s pravnimi predpisi, veljavnimi v obeh državah,
- ob upoštevanju tržnih gospodarskih načel

sporazumeli o naslednjem:

1. člen

Podpisnici se dogovorita, da bosta v okviru svojih veljavnih pravnih predpisov olajšali in pospeševali dvostransko zunanjetrgovinsko sodelovanje med podjetji, organizacijami, družbami in institucijami obeh držav, v nadaljnjem besedilu imenovanimi »podjetja«.

2. člen

(1) Republika Avstrija in Republika Slovenija se bosta medsebojno obravnavali po načelih največjih ugodnosti glede carin in drugih dajatev kakor tudi glede postopkov za odmero carin in drugih dajatev, ki se plačujejo pri uvozu ali izvozu blaga.

(2) Podpisnici soglašata, da se načelo največjih ugodnosti ne nanaša na odobritve, ugodnosti in

Zugeständnisse, Vorteile oder Befreiungen bezieht, die eine der Vertragsparteien gewährt oder gewähren wird:

- a) Nachbarstaaten zur Erleichterung des Grenzverkehrs,
- b) den Staaten, die mit ihr einer Zollunion oder einer Zone des freien oder präferentiellen Handels angehören, die bereits besteht oder in Zukunft geschaffen wird,
- c) Drittstaaten in Anwendung multilateraler Abmachungen, an denen die andere Vertragspartei nicht teilnimmt.

oprostitve, ki jih ena od podpisnic odobrava ali jih bo odobraval:

- a) sosednjim državam za olajšanje obmejnega prometa,
- b) državam, ki so skupaj z njo članice carinske unije ali proste ali preferencialne trgovinske cone, ki je že ali bo ustanovljena,
- c) tretjim državam pri uresničevanju večstranskih dogovorov, v katere druga podpisnica ni vključena.

Artikel 3

Die Vertragsparteien wenden auf den beiderseitigen Warenverkehr bis zur völkerrechtlichen Inkraftsetzung der betreffenden Vereinbarungen für die Republik Slowenien jene multilateralen völkerrechtlichen Vereinbarungen sinngemäß an, die für den Warenverkehr zwischen der Republik Österreich und dem ehemaligen Jugoslawien in den Grenzen vom 1. Jänner 1991 in Geltung waren und im Anhang angeführt sind.

3. člen

Podpisnici bosta na področju obojestranskega blagovnega prometa do mednarodnopravne veljavnosti zadevnih dogovorov za Republiko Slovenijo smiselno uporabljali tiste večstranske mednarodne dogovore, ki so se uporabljali za blagovni promet med Republiko Avstrijo in bivšo Jugoslavijo v mejah z dne 1. 1. 1991 in so navedeni v dodatku.

Artikel 4

(1) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer Möglichkeiten nach den im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften insbesondere die Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, industriellem, technischem und technisch-wissenschaftlichem Gebiet wie beispielsweise

- Land- und Forstwirtschaft,
- Tier- und Pflanzenzucht,
- Managementausbildung,
- Normenwesen,
- Baustoffprüfung

unterstützen und fördern.

(2) Die Vertragsparteien stimmen überein, daß in folgenden Bereichen besondere Kooperationsmöglichkeiten gegeben sind:

- Bautätigkeit (Hoch- und Tiefbau),
- Umweltschutz, nach Maßgabe des höchsten jeweils verfügbaren Standards der Umwelttechnologie,
- Elektrotechnik,
- Nahrungsmittelindustrie,
- Anlagen- und Maschinenbau,
- chemoindustrielle Technologie,
- holzverarbeitende und Papierindustrie,
- metallverarbeitende Industrie,
- Ausbau der gemeinsamen Handelstätigkeit auf Drittmärkten,
- Erdöl- und Raffinerietechnologie sowie einschlägige Know-how-Vermarktung.

4. člen

(1) Podpisnici bosta v skladu s svojimi možnostmi in v vsaki od obeh držav veljavnimi pravnimi predpisi podpirali in pospeševali zlasti sodelovanje na gospodarskem, industrijskem, tehničnem in znanstveno-tehničnem področju, kot na primer:

- v kmetijstvu in gozdarstvu
- pri vzreji živali in gojenju rastlin
- pri izobraževanju za upravljalske funkcije
- v standardizaciji
- pri preizkušanju gradbenih materialov.

(2) Podpisnici soglašata, da so dane posebne možnosti za sodelovanje na naslednjih področjih:

- gradbeništvo (visoke in nizke gradnje)
- varovanje okolja, po merilih največjih možnih standardov tehnologije za varstvo okolja
- elektrotehnika
- živilska industrija
- strojogradnja in gradnja sistemov in naprav
- kemijska tehnologija
- lesnopredelovalna in papirna industrija
- kovinskopredelovalna industrija
- razširitev skupnih trgovinskih dejavnosti na tretjih trgih
- naftna tehnologija in tehnologija za rafinerije kakor tudi trženje tega know-howa.

Artikel 5

Die Vertragsparteien stimmen überein, daß der Tourismus zur Vertiefung der bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen beitragen kann.

(1) Im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften und auf Grundlage der Empfehlungen der Konferenz der Vereinten Nationen über den Fremdenverkehr und die internationalen Reisen, Rom 1963, und der „Tourismus-Charta und Touristen-Code“, Sofia 1985, werden beide Vertragsparteien den Tourismus und den ungehinderten Reiseverkehr im Sinne der Zoll- und anderen Grenzformalitäten und -verfahren fördern.

(2) Die wirtschaftliche, fachliche, technische und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit bei Tourismusprojekten sowie beim Ausbau der entsprechenden Infrastruktur soll unter Berücksichtigung der Grundsätze des Umweltschutzes erfolgen und auf Qualität im Tourismus Bedacht nehmen.

Artikel 6

Die Vertragsparteien werden im Bewußtsein der Notwendigkeit der Verwirklichung wirtschaftlich vernünftiger und ökologisch sicherer Infrastruktursysteme höchstes Interesse der Zusammenarbeit in folgenden Bereichen widmen:

- Eisenbahnen,
- Schifffahrt,
- Luftfahrt,
- Telekommunikation,
- Straßenbau,
- Wasserwirtschaft.

Artikel 7

(1) Der Zahlungsverkehr zwischen der Republik Österreich und der Republik Slowenien erfolgt in Übereinstimmung mit den Devisenvorschriften, die in jedem der beiden Staaten jeweils in Kraft stehen, in frei konvertierbarer Währung.

(2) Im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften und nach Maßgabe der vertraglichen Vereinbarungen zwischen den Unternehmen können Verrechnungen auf jede mögliche, in der internationalen Bankpraxis anerkannte Weise erfolgen.

Artikel 8

(1) Der Warenaustausch und die wirtschaftliche, industrielle, technische und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen dieses Abkommens wird auf kommerzieller Grundlage durchgeführt.

(2) Der Handel zwischen den Unternehmen beider Staaten erfolgt zu marktgerechten Preisen.

5. člen

Podpisnici soglašata, da turizem lahko pripomore k poglobljanju dvostranskega zunanjetrgovinskega sodelovanja.

(1) V skladu s pravnimi predpisi, veljavnimi v vsaki od obeh držav in na podlagi priporočil Konference Združenih narodov o turizmu in mednarodnih potovanjih, Rim 1963, in »Listine o turizmu in kodeksa turistov«, Sofija 1985, bosta obe podpisnici pospeševali turizem in neoviran turistični promet v smislu carinskih in drugih mejnih formalnosti in postopkov.

(2) Gospodarsko, strokovno, tehnično in znanstveno-tehnično sodelovanje pri turističnih projektih kot tudi pri gradnji ustrezne infrastrukture naj bi potekalo ob upoštevanju načel varstva okolja in kakovostnega turizma.

6. člen

Podpisnici bosta, zavedajoč se potrebe po uresničevanju gospodarsko razumnih in ekološko varnih sistemov infrastrukture, posvečali največ pozornosti sodelovanju na naslednjih področjih:

- železnice,
- ladijski prevoz,
- letalski promet,
- telekomunikacije,
- gradnja cest,
- vodno gospodarstvo.

7. člen

(1) Plačilni promet med Republiko Avstrijo in Republiko Slovenijo poteka v skladu z deviznimi predpisi, ki veljajo v vsaki od obeh držav, v prosto zamenljivi valuti.

(2) V okviru pravnih predpisov, veljavnih v obeh državah in na podlagi pogodb med podjetji lahko obračuni potekajo na vsak v mednarodni bančni praksi priznan način.

8. člen

(1) Menjava blaga ter gospodarsko, industrijsko, tehnično in znanstveno-tehnično sodelovanje v okviru tega sporazuma bo potekalo na komercialni podlagi.

(2) Podjetja obeh držav medsebojno trgujejo po tržnih cenah.

Artikel 9

(1) Die Vertragsparteien nehmen Konsultationen auf, sobald eine Ware im Handel zwischen den Vertragsparteien in solchen Mengen oder zu solchen Preisen oder unter solchen Bedingungen eingeführt wird, daß den inländischen Herstellern gleichartiger oder unmittelbar konkurrierender Waren eine schwerwiegende Schädigung verursacht wird oder verursacht zu werden droht.

(2) Stellen die Vertragsparteien in diesen Konsultationen einvernehmlich fest, daß eine im Abs. 1 genannte Situation besteht, so ergreift die betroffene Vertragspartei die notwendigen Maßnahmen, um eine Schädigung zu verhüten oder zu beseitigen.

(3) Erzielen die Vertragsparteien keine Einigung, so steht es der Vertragspartei, welche die Konsultationen beantragt hat, frei, die Einfuhren der betreffenden Waren soweit und so lange zu beschränken, wie dies zur Verhütung oder Beseitigung der Schädigung erforderlich ist. Der anderen Vertragspartei steht es dann frei, von ihren Verpflichtungen gegenüber der ersten Vertragspartei für ein im wesentlichen gleichwertiges Handelsvolumen abzuweichen.

(4) In Fällen, in denen ein Aufschub einen schwerwiegenden Schaden verursachen würde, können vorläufige Maßnahmen ohne vorherige Konsultationen getroffen werden. In diesem Fall sind jedoch Konsultationen sofort aufzunehmen.

(5) Bei der Auswahl von Maßnahmen nach diesem Artikel bevorzugen die Vertragsparteien Maßnahmen, die das Weiterfunktionieren dieses Abkommens am wenigsten beeinträchtigen.

Artikel 10

Die Vertragsparteien erkennen die Nützlichkeit und Notwendigkeit einer stärkeren Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen an den bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen an.

Artikel 11

(1) Die Vertragsparteien empfehlen den Unternehmen primär zur Streitbeilegung freundschaftliche Lösungen im beiderseitigen Einvernehmen.

- (2) Im Rahmen der geltenden Rechtsvorschriften — fördern die Vertragsparteien die Regelung von Streitfragen zwischen Unternehmen im Zusammenhang mit Handels- und Kooperationsgeschäften sowie bei der Gründung von Gemeinschaftsunternehmen und Direktinvestitionen zwischen Unternehmen der Vertragsparteien durch Schiedsgerichte,
- fördern die Vertragsparteien die Anwendung der von der Kommission der Vereinten

9. člen

(1) Podpisnici se bosta posvetovali takoj, ko se bo v trgovini med podpisnicama pojavilo določeno blago v takih količinah in po takih cenah ali pogojih, da bi to povzročilo ali pretilo s povzročitvijo občutne škode domačim proizvajalcem enakovrstnega ali neposredno konkurenčnega blaga.

(2) Če bosta podpisnici na takih posvetovanjih sporazumno ugotovili, da obstajajo razmere, kot so omenjene v prvem odstavku, bo prizadeta podpisnica sprejela potrebne ukrepe, da se oškodovanje prepreči ali odpravi.

(3) Če se podpisnici ne moreta sporazumeti, potem ima tista podpisnica, ki je zahtevala posvetovanje, možnost, da uvoz določenega blaga omeji v tolikšni meri in za tako dolgo, kolikor je to potrebno za preprečitev ali odpravo oškodovanja. Druga podpisnica v takem primeru lahko odstopi od svojih obveznosti do sopedpisnice za v bistvu enakovreden obseg tržne menjave.

(4) V primerih, v katerih bi odlaganje povzročilo bistveno škodo, se lahko sprejmejo začasni ukrepi brez predhodnega posvetovanja. V tem primeru pa je vendarle treba takoj začeti s posvetovanji.

(5) Pri izbiri ukrepov v skladu s tem členom bosta podpisnici dali prednost predvsem takim ukrepom, ki bodo kar najmanj negativno vplivali na nadaljnje uresničevanje tega sporazuma.

10. člen

Podpisnici priznavata koristnost in potrebnost večje udeležbe majhnih in srednjih podjetij pri dvostranskem zunanjetrgovinskem sodelovanju.

11. člen

(1) Podpisnici priporočata podjetjem, naj predvsem skušajo reševati spore na prijateljski način v medsebojnem soglasju.

- (2) V skladu z veljavnimi pravnimi predpisi — podpisnici podpirata urejanje sporov med podjetji v zvezi s trgovinskimi in kooperacijskimi posli ter pri ustanavljanju skupnih podjetij in pri neposrednih vlaganjih med podjetji podpisnic preko arbitražnih sodišč,
- podpisnici zlasti podpirata uporabo arbitražnih pravil Komisije Združenih narodov za

Nationen für internationales Handelsrecht (UNCITRAL) ausgearbeiteten Schiedsregeln und die Einschaltung eines Schiedsgerichts eines Unterzeichnerstaats des am 10. Juni 1958 in New York geschlossenen Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche *). Diese Schiedssprüche stellen in den Staaten beider Vertragsparteien, im Einklang mit deren innerstaatlicher Gesetzgebung, den Vollstreckungstitel dar.

Artikel 12

Änderungen oder der Ablauf der Gültigkeit des vorliegenden Abkommens haben keinen Einfluß auf die Abwicklung der zwischen den Unternehmen der beiden Staaten vorher abgeschlossenen Verträge.

Artikel 13

(1) Mit dem vorliegenden Abkommen wird eine Gemischte Kommission errichtet, welche auf Wunsch einer der beiden Vertragsparteien abwechselnd in der Republik Österreich und der Republik Slowenien zusammentreten wird.

(2) Zu den besonderen Aufgaben dieser Gemischten Kommission gehören u. a.

- Prüfung der Entwicklung der bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen,
- Abstimmung und Erschließung neuer Möglichkeiten sowie Förderung der zukünftigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit,
- Überwachung der Durchführung der Zielsetzungen sowie Empfehlungen zur Erweiterung der Zielsetzungen dieses Abkommens,
- Erstellung von Vorschlägen zur Verbesserung der Bedingungen der wirtschaftlichen, industriellen, technischen und technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen beider Staaten.

Artikel 14

Im Falle der Teilnahme einer Vertragspartei oder beider Vertragsparteien am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) oder des Beitrittes zu den Europäischen Gemeinschaften (EG) oder einer diesen nachfolgenden Organisation sind die Vertragsparteien durch dieses Abkommen insofern nicht gebunden, als es für einen Teilnehmer am EWR oder ein Mitglied der EG oder einer diesen nachfolgenden Organisation mit den dadurch bestehenden Verpflichtungen im Hinblick auf den jeweils geltenden Rechtsbestand unvereinbar ist.

mednarodno trgovinsko pravo (UNCITRAL) in vključevanje arbitražnega sodišča države podpisnice Sporazuma o priznavanju in izvajanju tujih arbitražnih odločb, ki je bil sklenjen 10. junija 1958 v New Yorku. Take arbitražne odločbe predstavljajo v obeh državah podpisnicah v skladu z njuno zakonodajo izvršilni naslov.

12. člen

Spremembe ali prenehanje veljavnosti tega sporazuma v ničemer ne vplivajo na uresničevanje pogodb, ki so bile že prej sklenjene med podjetji obeh držav.

13. člen

(1) S tem sporazumom se ustanovi mešana komisija, ki se bo sestajala na željo ene od obeh podpisnic izmenoma v Republiki Avstriji in v Republiki Sloveniji.

(2) Med posebne naloge te mešane komisije sodijo med drugim:

- preverjanje razvoja dvostranskega zunanjetrgovinskega sodelovanja,
- usklajevanje in odpiranje novih možnosti ter pospeševanje prihodnjega gospodarskega sodelovanja,
- nadzor nad uresničevanjem zastavljenih ciljev ter priporočila za razširitev zastavljenih ciljev tega sporazuma,
- priprava predlogov za izboljšanje možnosti gospodarskega, industrijskega, tehničnega in znanstveno-tehničnega sodelovanja med podjetji obeh držav.

14. člen

Če sta ena ali obe podpisnici udeleženi v evropskem gospodarskem prostoru ali postaneta članici Evropske skupnosti ali organizacije, ki bo tej sledila, podpisnici ta sporazum ne zavezuje v tolikšni meri, kolikor je to za udeleženko v evropskem gospodarskem prostoru ali članico Evropske skupnosti oziroma organizacije, ki bo tej sledila, nezdržljivo z obveznostmi, ki zanjo iz tega izvirajo glede na vsakokrat veljavno pravno stanje.

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 200/1961

Artikel 15

(1) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem die Vertragsparteien einander mitgeteilt haben, daß ihre jeweiligen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten dieses Abkommens erfüllt sind.

(2) Dieses Abkommen wird für die Dauer von einem Jahr abgeschlossen und verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht drei Monate vor Ablauf seiner Gültigkeit von einer der beiden Vertragsparteien schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt wird.

Geschehen zu Wien, am 14. Juli 1992 in zwei Urschriften, jeweils in deutscher und slowenischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik Österreich:
Schüssel

Für die Republik Slowenien:
Rigelnik

Anlage
Anhang zu Artikel 3

Anhang
zu Artikel 3

Artikel 3 bezieht sich auf nachstehende multilaterale völkerrechtliche Vereinbarungen:

- Zollabkommen über das ATA Carnet für die vorübergehende Einfuhr von Waren (Brüssel, 6. Dezember 1961, *)
- Zollabkommen über die vorübergehende Einfuhr von Berufsausrüstung (Brüssel, 8. Juni 1961, **)
- Zollabkommen über Erleichterungen für die Einfuhr von Waren, die auf Ausstellungen, Messen, Kongressen oder dgl. ausgestellt oder verwendet werden sollen (Brüssel, 8. Juni 1961, ***)
- Internationales Abkommen zur Erleichterung der Einfuhr von Warenmustern und Werbematerial (Genf, 7. November 1952, ****)
- Zollabkommen über den internationalen Warentransport mit Carnets TIR (Genf, 14. November 1975, *****)
- Zollabkommen über Behälter (Genf, 2. Dezember 1972, *****)

Die Mitteilungen gemäß Art. 15 Abs. 1 wurden am 25. September bzw. 27. November 1992 abgegeben; das Abkommen tritt gemäß seinem Art. 15 Abs. 1 mit 1. Februar 1993 in Kraft.

Vranitzky

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 239/1963, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 45/1990
 **) Kundgemacht in BGBl. Nr. 1/1963
 ***) Kundgemacht in BGBl. Nr. 336/1962
 ****) Kundgemacht in BGBl. Nr. 187/1956

15. člen

(1) Ta sporazum začne veljati na prvi dan tretjega meseca, ki sledi mesecu, v katerem sta se podpisnici medsebojno obvestili, da so izpolnjeni njihuni notranjepravni pogoji za začetek veljavnosti tega sporazuma.

(2) Ta sporazum je sklenjen za eno leto in se vsakokrat podaljšuje še za eno leto, če ga ena od obeh podpisnic pisno po diplomatski poti ne odpove tri mesece pred prenehanjem njegove veljavnosti.

Sklenjeno na DUNAJU dne 14. 07. 1992 v dveh izvornikih v nemškem in slovenskem jeziku pri čemer sta besedili enako verodostojni.

Za Republiko Avstrijo
Schüssel

Za Republiko Slovenijo
Rigelnik

Priloga
Dodatek k 3. členu

Dodatek
k 3. členu

Člen 3 se navezuje na spodaj navedene večstranske mednarodnopravne dogovore:

- Carinska konvencija o ATA karnetu za začasen uvoz blaga (Bruselj, 6. 12. 1961)
- Carinski sporazum o začasnem uvozu strokovne opreme (Bruselj, 8. 6. 1961)
- Carinski sporazum o olajšavah za uvoz blaga za razstave ali za uporabo na razstavah, sejnih, kongresih in podobnih prireditvah (Bruselj, 8. 6. 1961)
- Mednarodni sporazum o olajšavah pri uvozu trgovskih vzorcev in reklamnega materiala (Ženeva, 7. 11. 1952)
- Carinski sporazum o mednarodnem transportu blaga s karneti TIR (Ženeva, 14. 11. 1975)
- Carinski sporazum o kontejnerjih (Ženeva, 2. 12. 1972)

*****) Kundgemacht in BGBl. Nr. 112/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 504/1991
 *****) Kundgemacht in BGBl. Nr. 567/1977, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 508/1990



BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Der **Bezugspreis** des Bundesgesetzblattes für die Republik Österreich beträgt vorbehaltlich allfälliger Preiserhöhungen infolge unvorhergesehener Steigerung der Herstellungskosten bis zu einem Jahresumfang von 3000 Seiten S 1 259,— inklusive 10% Umsatzsteuer für Inlands- und S 1 359,— für Auslandsabonnements. Für den Fall, daß dieser Umfang überschritten wird, bleibt für den Mehrumfang eine entsprechende Neuberechnung vorbehalten. Der Bezugspreis kann auch in zwei gleichen Teilbeträgen zum 1. Jänner und 1. Juli entrichtet werden.

Einzelne Stücke des Bundesgesetzblattes sind erhältlich gegen Entrichtung des Verkaufspreises von S 2,— inklusive 10% Umsatzsteuer für das Blatt = 2 Seiten, jedoch mindestens S 10,— inklusive 10% Umsatzsteuer für das Stück, im Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, Tel. 797 89/295 oder 327 Durchwahl, sowie bei der Manz'schen Verlags- und Universitätsbuchhandlung, 1010 Wien, Kohlmarkt 16, Tel. 531 61.

Bezugsanmeldungen werden von der Abonnementstelle des Verlages der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, Tel. 797 89/294 Durchwahl, entgegengenommen.

Als Bezugsanmeldung gilt auch die Überweisung des Bezugspreises oder seines ersten Teilbetrages auf das Postscheckkonto Wien Nr. 7.272.800. Die Bezugsanmeldung gilt bis zu einem allfälligen schriftlichen Widerruf. Der Widerruf ist nur mit Wirkung für das Ende des Kalenderjahres möglich. Er muß, um wirksam zu sein, spätestens am 15. Dezember bei der Abonnementstelle des Verlages der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, einlangen.

Die **Zustellung** des Bundesgesetzblattes erfolgt erst nach Entrichtung des Bezugspreises. Die Bezieher werden, um keine Verzögerung in der Zustellung eintreten zu lassen, eingeladen, den Bezugspreis umgehend zu überweisen.

Ersätze für abgängige oder mangelhaft zugekommene Stücke des Bundesgesetzblattes sind binnen drei Monaten nach dem Erscheinen unmittelbar bei der Abonnementstelle des Verlages der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, Tel. 797 89/294 Durchwahl, anzufordern. Nach Ablauf dieses Zeitraumes werden Stücke des Bundesgesetzblattes ausnahmslos nur gegen Entrichtung des Verkaufspreises abgegeben.